

14. Juni 2018, 12:56 Uhr Süddeutsche Zeitung

Entlastung für Anwohner Landtag schafft Gebühren für Straßenausbau ab

Kommunen dürfen Haus- und Wohnungsbesitzer in Bayern nicht mehr zur Kasse bitten. Ganz freiwillig machte die CSU da aber nicht mit.

In Wahljahren kann offenbar schon die Drohung eines Volksbegehrens ausreichen, um die [CSU](#) zum Umdenken zu bewegen. Auf diese Weise setzen die Freien Wähler die Abschaffung einer ungeliebten kommunalen Gebühr durch: Die bayerischen Kommunen dürfen Haus- und Wohnungsbesitzer in Bayern künftig nicht mehr für die Sanierung von Gemeindestraßen zur Kasse bitten. Vier Monate vor der Landtagswahl schaffte die CSU-Mehrheit im Parlament am Donnerstag die umstrittenen Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar ab.

Die Kommunen sollen als Ersatz für künftig fehlende Einnahmen 100 Millionen Euro bekommen. Treibende Kraft der neuen Regelung war nicht die CSU: Die Freien Wähler hatten ein Volksbegehren auf den Weg gebracht, weswegen in der CSU die Furcht vor einer drohenden Niederlage herrschte. FW und SPD stimmten für den Gesetzentwurf, die Grünen enthielten sich. Die Straßenausbaubeiträge waren seit Jahren umstritten. Denn bei der Sanierung von Gemeindestraßen bekamen Anlieger oft vier- bis fünfstelligen Rechnungen von ihrer Gemeindeverwaltung - was viele nur mit großen Mühen zahlen konnten. Außerdem waren die Einwohner wohlhabender Kommunen privilegiert; in München etwa gab es die Ausbaubeiträge nicht.

Dennoch hatte sich die CSU im Landtag jahrelang gegen die Abschaffung gesperrt. Die Christsozialen hatten im Januar beschlossen, den Freien Wählern den Wind aus den Segeln zu nehmen und sich selbst an die Spitze der Bewegung zu setzen. Doch ist keineswegs allen CSU-Politikern wohl dabei. Denn sie fürchten, dass nun weitere Forderungen an die Staatsregierung folgen könnten, kommunale Gebühren zu übernehmen.

Innenstaatssekretär Gerhard Eck (CSU) warf den Freien Wählern deswegen Populismus vor: "Das ist ein politischer Popanz, der schier unerträglich geworden ist." FW-Chef Hubert Aiwanger dagegen triumphierte: "Das ist der größte Befreiungsschlag für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns, der in dieser Legislaturperiode angegangen worden ist." Die Abschaffung der Beiträge bedeute nicht, dass der Straßenbau nun umsonst sei, merkte der Grünen-Abgeordnete Jürgen Mistol an - anstelle der Hausbesitzer würden die Kosten jetzt auf die Allgemeinheit umgelegt. Die SPD stimmte "schweren Herzens" für das CSU-Gesetz, wie der Abgeordnete Klaus Adelt sagte.

Straßenausbaubeiträge in Bayern sind abgeschafft – Focus Online

Sonntag, 17.06.2018, 09:16

Der bayerische Landtag hat die Straßenausbaubeiträge abgeschafft. In Baden-Württemberg war das schon lange der Fall.

Ob in Neu-Ulm, Weißenhorn oder Senden: Nahezu überall im bayerischen Teil der Region haben die von den Städten und Gemeinden erhobenen Straßenausbaubeiträge immer wieder für Unmut

und Protest gesorgt. Nun ist dieses Streitthema vom Tisch: Der bayerische Landtag hat, einem Vorschlag der CSU-Fraktion folgend, die kurz Strabs genannten Gebühren abgeschafft. Und zwar rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres. In Baden-Württemberg gibt es seit Jahrzehnten keine Straßenausbaubeiträge mehr.

In Bayern hatte sich die CSU lange gegen die Abschaffung gewehrt. Dass die Abgeordneten jetzt zustimmten, hat auch mit dem von den Freien Wählern angestoßenen Volksbegehren zu tun. Dieses zielte ebenfalls auf die umstrittene Umlage ab. Dieser Tage hätten in den Rathäusern die Unterschriftenlisten ausgelegt werden sollen. Nach der Entscheidung des Landtages, dem auch Freie Wähler und SPD zustimmten, zogen die Initiatoren das Volksbegehren zurück.

Stichtag ist der 1. Januar

Der Stichtag bedeutet, dass bis zum 31. Dezember 2017 erlassene Beitrags- und Vorauszahlungsforderungen grundsätzlich zu bezahlen sind. Hier gilt der Grundsatz „Bescheid ist Bescheid“. Danach überwiesene Beiträge können die Anlieger bereits ab dem 1. Mai 2019 zurückverlangen.

Wie der bayerische Innenminister Joachim Herrmann in einer Mitteilung versichert, soll die Änderung des Kommunalabgabengesetzes nicht zu Lasten der Kommunen gehen: Als Ersatz für künftig fehlende Einnahmen will der Freistaat den Städten und Gemeinden 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Genau einen solchen Ausgleich hat beispielsweise der Sendener Bürgermeister Raphael Bögge in einer ersten Stellungnahme gefordert. Dafür müssten „passende Regelungen“ gefunden werden.

Gerade in Senden gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Protest von den Anliegern der Gartenstraße. Dort müssen die Grundstückseigentümer 80 Prozent der Sanierungskosten von rund 550 000 Euro übernehmen. Darum werden sie allerdings trotz der Gesetzesänderung nicht herumkommen, weil die Bescheide bereits im vorigen Jahr verschickt worden sind.

Dieser Artikel wurde verfasst von Niko Dirner

*Der Beitrag "Straßenausbaubeiträge in Bayern sind abgeschafft" stammt von swp. Es gibt keine redaktionelle Prüfung durch FOCUS Online. Kontakt zum Verantwortlichen hier.

14. Juni 2018, 18:46 Uhr Süddeutsche Zeitung

Landespolitik Straßenausbaubeiträge sind abgeschafft

Ihren Erfolg feierten die Freien Wähler (FW) zunächst mit einem Blumenstrauß, bald soll es eine "Strabs-Party" geben, sagte FW-Chef Hubert Aiwanger an. Strabs, das steht für die Straßenausbaubeitragsatzung, gegen die Aiwanger und die FW lange kämpften und die der Landtag am Donnerstag abschaffte.

In Zukunft können Gemeinden ihre Bürger nicht mehr an den Kosten für eine Straßenerneuerung beteiligen. Nicht mehr die Hauseigentümer, die teilweise bis zu fünfstelligen Summen zahlen mussten, sondern der Staat übernimmt die Kosten. Pro Jahr sollen den Kommunen 100 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Auch Bescheide, die nach dem 1. Januar 2018 verschickt wurden,

werden erstattet. Alle Zahlungsaufforderungen vor diesem Stichtag müssen die Bürger noch zahlen. Dem Gesetzentwurf der CSU stimmten auch SPD und FW zu, die Grünen enthielten sich. Die CSU hatte sich die Forderung der FW zu eigen gemacht, nachdem sie auf viel Zustimmung stieß. 340 000 Bürger unterstützten das dazu gestartete Volksbegehren, dessen Forderungen nun erfüllt sind und das die Freien Wähler deshalb zurückziehen.

"Es ist ein Etappensieg", sagte Aiwanger, der mit der neuen Regelung nicht vollends zufrieden ist. Auch von SPD und Grünen gab es Kritik. "Gerecht ist die vorliegende Lösung nicht", sagte Klaus Adelt (SPD). Er monierte wie die kommunalen Spitzenverbände, dass nun der Steuerzahler für die Kosten aufkommen müsse. Es könne zudem zu neuen Härten kommen, sagte Bernhard Pohl (FW). So müssten Bürger zahlen, die vor 2018 einen Bescheid bekommen hätten, auch wenn die Straße noch nicht erneuert sei. Andere, bei denen die Arbeiten schon abgeschlossen sind, die aber noch keine Zahlungsaufforderung haben, nicht. Der Dauerzank werde bleiben, sagte Jürgen Mistol (Grüne). Die 100 Millionen Euro, mit denen die Kommunen in Zukunft unterstützt werden sollen, reichten nicht. Die FW fordern stattdessen 150 Millionen Euro und eine Rückerstattung aller Beiträge von 2014 an. Auch Grüne und SPD wollen einen früheren Stichtag, der im Jahr 2016 oder 2017 liegt. Die CSU betonte, dass alle Regelungen vor Gericht Bestand haben würden. Sie lasse die Kommunen nicht im Stich und entlaste gleichzeitig die Bürger. Den FW warf sie "politischen Popanz" und Wahlkampf vor.

14.06.2018

FREIE WÄHLER: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist Etappensieg

Aiwanger fordert Strabs-Rückabwicklung bis 1. Januar 2014

München. Dank eines Kraftakts der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist es heute soweit: Der Landtag hat die endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Bayern beschlossen. Dennoch betrachten Fraktionschef **Hubert Aiwanger**, seine Abgeordnetenkollegen **Prof. Dr. Michael Piazzolo**, **Bernhard Pohl**, **Joachim Hanisch** und die Bündnispartner der Anti-„Strabs“-Koalition das nun von der CSU vorgelegte Gesetz lediglich als Etappensieg.

„Das Ende der ‚Strabs‘ ist für uns ein weiterer immenser politischer Erfolg – nach Abschaffung der Studiengebühren und Rückkehr des G9“, erklärte **Aiwanger** bei einer Pressekonferenz im Landtag, „aber beim Gesetz der Staatsregierung sehen wir noch jede Menge Nachbesserungsbedarf. Wir fordern die **Rückerstattung bereits bezahlter Straßenausbaubeiträge bis einschließlich 1. Januar 2014**. Die Staatsregierung hatte willkürlich den 1. Januar 2018 festgesetzt. Das wollen wir im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger nicht akzeptieren und werden nach der Landtagswahl im Herbst weitere Verbesserungen durchsetzen.“

Zudem fordern die FREIEN WÄHLER eine **Alternativfinanzierung für die Kommunen von mindestens 150 Millionen Euro jährlich**. **Prof. Dr. Michael Piazzolo**, MdL aus München und Mitinitiator des Volksbegehrens zur Abschaffung der Strabs, stellt weiter fest: „Nach der

Verabschiedung des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist es jetzt dringend nötig, dass die Staatsregierung Planungssicherheit für die Kommunen herstellt. Die jahrelange Diskussion um die **Straßenausbaubeiträge hat genug Ärger in den Kommunen verursacht.**“

Bernhard Pohl, haushaltspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, kritisiert die willkürliche Stichtagsregelung im CSU-Gesetz. „Nach dem Willen der Christsozialen würden Bürger, die 2017 Vorauszahlungsbescheide bekommen haben, für einen Straßenausbau bezahlen, der noch nicht einmal begonnen wurde. Andere zahlen nicht, obwohl ihre Straße fertig ist – aber eben nicht der Bescheid.“ Pohl signalisiert, dass beim Stichtag wohl noch nachzuverhandeln ist: „Wir schonen den Bürger, die CSU schont die Staatskasse. Unser Gesetzentwurf steht unter dem Motto ‚Bürger entlasten – Kommunen nicht belasten‘.“

Joachim Hanisch, kommunalpolitischer Fraktionssprecher, erklärte: „Dies ist ein Tag, um Danke zu sagen bei der Bevölkerung und unseren Bündnispartnern. Dank deren massiver Unterstützung musste die CSU relativ rasch einsehen, dass wir recht haben und es Zeit ist, die Strabs abzuschaffen. Nutznießer des neuen Gesetzes sind wir alle: die bayerische Bevölkerung. Unverständlich ist, dass die Kritik von Städte- und Gemeindetag am Gesetzentwurf der CSU unberücksichtigt geblieben ist. Hier werden wir uns für die nötigen Nachbesserungen einsetzen.“

Für **Rosmarie Brosig** von der Allianz gegen Straßenausbaubeitrag hat die Abschaffung des Strabs wichtige Signalwirkung. Sie zeige, dass sich Bürger, die sich vom Staat finanziell überfordert fühlten, gemeinsam erfolgreich zur Wehr setzen könnten.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Vereins für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland e.V., **Prof. Dr. Rainer Kalwait**, dankte den FREIEN WÄLERN für ihr Engagement. Sie hätten die Anliegen der Bürger ins bayerische Parlament gebracht, wo sie auch hingehörten. Den Mitgliedern der zehn Bürgerinitiativen gegen die „Strabs“ falle mit dem heutigen Tag ein Stein vom Herzen.

„Das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER mit mehr als 340.000 Unterschriften in wenigen Wochen hat die Trendwende zu diesem beispiellosen Erfolg eingeleitet. Wir FREIEN WÄHLER werden uns daher nach der Landtagswahl für weitere Verbesserungen am Gesetz starkmachen“, kündigte **Aiwanger** abschließend an.

Hinweis: Die Tischvorlage mit weiteren Informationen finden Sie unten links, unter "Weitere Dokumente".

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
im Bayerischen Landtag

Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2941, dirk.oberjasper@fw-landtag.de